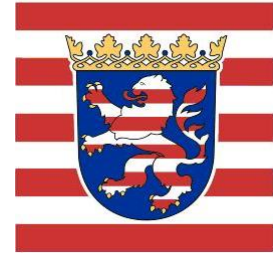




HESSEN



Bericht aus Brüssel

01/2025 vom 10.01.2025

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Wirtschaft.....	4
Energie.....	5
Forschung.....	5
Finanzdienstleistungen.....	7
Finanzen.....	7
Landwirtschaft und Umwelt.....	8
Justiz.....	10
Inneres.....	11
Bildung und Kultur.....	12
Information, Kommunikation und Medien.....	12
EU-Förderprogramme.....	12
Vorschau.....	13

Kommission; Abschluss der Verhandlungen über Abkommen EU-Schweiz

Am 20.12.2024 bestätigten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und die Präsidentin der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Viola Amherd, den Abschluss der Verhandlungen über mehrere Abkommen zur Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Es handelt sich hierbei um ein breit angelegtes Paket von Abkommen, mit dem die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz vertieft und ausgebaut werden sollen. Fünf Abkommen, durch die der Schweiz bereits Zugang zum EU-Binnenmarkt gewährt werden, sollen modernisiert werden. Die Abkommen betreffen den Luftverkehr, den Landverkehr, die Freizügigkeit, Konformitätsbewertungen und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Abkommen werden unter anderem einen wirksamen Streitbeilegungsmechanismus enthalten. Neue Abkommen über Lebensmittelsicherheit, Gesundheit und ein neues Stromabkommen sind außerdem vorgesehen. Weitere Abkommen betreffen den regelmäßigen und fairen finanziellen Beitrag der Schweiz zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU, die Assoziierung der Schweiz mit Programmen der EU, an denen Drittländer teilnehmen können und die Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Weltraumorganisation. Der Abschluss der Verhandlungen ist der Beginn des Unterzeichnungs- und Ratifizierungsprozesses in der EU und in der Schweiz.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_24_6562

Kommission; Aussetzung Visaliberalisierung für Georgien

Die Kommission hat am 20.12.2024 vorgeschlagen, das Abkommen zwischen der EU und Georgien zur Erleichterung der Visaerteilung teilweise auszusetzen. Es handelt sich bei dem Vorschlag um die Aussetzung der Befreiung von der Visumpflicht für georgische Diplomaten und Amtsträger. Nimmt der Rat diesen Vorschlag an, so benötigen georgische Diplomaten und Amtsträger sowie deren Familienmitglieder, die im Besitz von Diplomatenpässen und amtlichen Pässen sind, für Kurzaufenthalte in der EU von bis zu 90 Tagen je Zeitraum von 180 Tagen ein Visum. Dieser Vorschlag ist eine Reaktion auf das gewaltsame Vorgehen der georgischen Regierung gegen friedliche Protestierende, Politikerinnen und Politiker sowie unabhängige Medien. Die EU hatte bereits als Reaktion auf die gravierenden Rückschritte Georgiens im Bereich der Demokratie das de facto Aussetzen des Beitrittsprozesses beschlossen.

https://home-affairs.ec.europa.eu/commission-proposal-council-decision-partial-suspension-eu-georgia-visa-facilitation-agreement_en?prefLang=de

Kommission; Makrofinanzhilfe für Ägypten

Die Kommission hat am 20.12.2024 verkündet, dass sie einen Beschluss zur Auszahlung eines Darlehens in Höhe von 1 Milliarde EUR an Ägypten angenommen hat. Diese Makrofinanzhilfe bildet eine der Grundlagen für die strategische und umfassende Partnerschaft zwischen der EU und Ägypten. Diese finanzielle Unterstützung soll Ägypten dabei helfen, einen Teil seines Finanzierungsbedarfs für das Haushaltsjahr 2024/2025 zu decken, die makroökonomische Stabilität zu gewährleisten und gleichzeitig seine eigene Reformagenda voranzutreiben. Die Zahlung kann erfolgen, da die Kommission zu dem Schluss gekommen ist, dass das Land die mit der EU vereinbarten politischen Auflagen erfüllt hat. Unter anderem hat Ägypten konkrete Schritte zur Achtung wirksamer demokratischer Mechanismen, und der Rechtsstaatlichkeit unternommen. Darüber hinaus hat das Land die Achtung der Menschenrechte garantiert und ein laufendes IWF-Programm beibehalten, das für die Auszahlung von Makrofinanzhilfe-Mitteln erforderlich ist.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/makrofinanzhilfe-hohe-von-1-milliarde-EUR-fur-agypten-2024-12-20_de

Rat; Strategische Partnerschaft EU-Japan

Am 01.01.2025 trat das erste bilaterale Rahmenabkommen zwischen der EU und Japan über eine strategische Partnerschaft in Kraft. Das Abkommen soll als Richtschnur für das künftige Engagement zwischen der EU und Japan dienen und eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in einer Vielzahl bilateraler, regionaler und multilateraler Fragen gewährleisten. Das Abkommen soll die sicherheitspolitische Kooperation und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und schweren internationalen Verbrechen sowie der Bekämpfung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vortreiben. Darüber hinaus soll es die sektorale Zusammenarbeit unter anderem in folgenden Bereichen stärken: Raumfahrt, Informations- und Kommunikationstechnologien, Industriepolitik, Energie, Verkehr, Bildung, Forschung und Innovation. Die gesamte Partnerschaft soll durch einen gemeinsamen Ausschuss koordiniert werden, der ein Forum für die Erörterung aller Fragen bieten soll, die Gegenstand des Abkommens sind. Darüber hinaus sieht das Abkommen für mögliche Meinungsverschiedenheiten ein Streitbeilegungsverfahren vor.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8462-2018-INIT/de/pdf>

Wirtschaft

Kommission; öffentliche Konsultation zur Binnenmarktstrategie 2025

Am 03.01.2025 hat die Kommission eine Konsultation zur Erstellung ihrer Binnenmarktstrategie für 2025 eröffnet. Ziel der Konsultation ist das Generieren von Informationen über das Funktionieren des Binnenmarkts bezüglich Hindernissen im freien Waren- und Dienstleistungsverkehr, regulatorischen und administrativen Herausforderungen sowie der Durchsetzung ihrer Vorschriften. Die Frist für Rückmeldungen endet am 31.01.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14475-Single-Market-Strategy-2025_en

Kommission; Genehmigung zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens

Die Kommission gab am 08.01.2025 bekannt, dass sie die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch die STRABAG AG und die Becker Umweltdienste GmbH mit u.a. zwei Standorten in Hessen (Bensheim und Büttelborn) nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt hat. Das angemeldete Vorhaben wurde im Rahmen des vereinfachten Fusionskontrollverfahrens geprüft. Das Vorhaben betrifft vor allem den Bereich der Abfallentsorgung in DEU.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_25_121

EuGH; Schlussanträge zur Anwendung des Wettbewerbsrechts auf Alleinvertriebsvereinbarungen

Generalanwältin Laila Medina (LET) legte am 09.01.2025 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-581/23 vor. Es geht dabei um Vereinbarkeit einer Alleinvertriebsvereinbarung mit den Bestimmungen der vertikalen Gruppenfreistellungsverordnung, insbesondere mit der Bedingung der sogenannten „parallelen Auferlegung“. Die Bedingung beinhaltet, dass der Anbieter seinen Alleinvertriebshändler vor aktivem Verkauf in dem ausschließlich zugewiesenen Gebiet durch alle anderen Vertriebshändler sprich Abnehmer schützen muss. Medina

vertritt die Auffassung, dass diese Bedingung nur als erfüllt anzusehen sei, wenn die anderen Anbieter dieses Verbot in dem ausschließlich zugewiesenen Gebiet ausdrücklich oder stillschweigend anerkennen. Des Weiteren erläutert sie, dass die Bedingungen der Gruppenfreistellung, nicht anwendbar seien, wenn der Anbieter nicht die vorherige Zustimmung der anderen Abnehmer erhalten hat. Nur wenn der Anbieter die Zustimmung aller anderer Anbieter für den gesamten Zeitraum des Rechtsvorteils nachweisen kann, könne die Alleinvertriebsvereinbarung unter die Gruppenfreistellung fallen.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-581/23>

E n e r g i e

Kommission; Genehmigung einer DEU Beihilfe zur Förderung von vier Anlagen zur Speicherung und Rückvergasung von Flüssigerdgas

Am 20.12.2024 hat die Kommission nach den EU-Beihilfevorschriften eine von DEU angemeldete Beihilfe zum Betreiben von vier schwimmenden Terminals zur Speicherung und Rückvergasung von Flüssigerdgas durch das deutsche Energieterminal mit einer geschätzten Höhe von 4,06 Mrd. EUR genehmigt. Die Gewährung der Beihilfe dient dem Ziel, den Betrieb der Anlagen abzusichern und die entstandenen Verluste auszugleichen. Die Anlagen befinden sich in Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) sowie Wilhelmshaven (Niedersachsen/zwei Standorte) und Stade (Niedersachsen).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6546

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der Richtlinie über Messgeräte

Am 06.01.2025 hat die Kommission die Möglichkeit eröffnet, Rückmeldungen zu ihrem Richtlinienentwurf vom 29.11.2024 zur technischen Anpassung im Bereich der Ladeausrüstung für Elektrofahrzeuge, Druckgaszapfsäulen, Strom- und Gaszählern sowie Messgeräte für thermische Energie einzureichen. Der Richtlinienentwurf zielt darauf ab, abweichenden nationalen Rechtsvorschriften entgegenzuwirken, eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu verhindern und die geltende Messgeräte-Richtlinie zu modernisieren. Die Frist für Rückmeldungen läuft bis zum 03.03.2025.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14413-Measuring-instruments-technical-update-of-EU-rules_en

F o r s c h u n g

Kommission; Forschungsrat; ERC; Ausschreibungsrunden

Am 07.01.2025 hat die Kommission die Bewerbungsfristen des Europäischen Forschungsrates (ERC) bekannt gegeben. Der ERC, eine Agentur der EU, vergibt an Spitzenforscher die gleichnamige ERC-Förderung. Die Fördergrants werden hochkompetitiv auf Antrag vergeben und sind sehr renommiert. Auf Basis des aktuellsten Arbeitsprogramms des ERC gelten folgende Fristen: Die Förderlinie ERC Advanced Grants (AdG) richtet sich an etablierte Spitzenforscher jeder Nationalität mit einer herausragenden wissenschaftlichen Leistungsbilanz, die neue Forschungsgebiete erschließen möchten. Die Förderung kann für bis zu 5 Jahre beantragt werden mit einem maximalen Budget von 2,5 Mio. EUR. Es kann bei erfolgreichem Antrag zusätzlich bis zu 1 Mio. EUR beantragt werden. Die Frist für

AdG-Bewerbungen läuft in diesem Förderzyklus bis zum 28.08.2025. Zielgruppe der Förderlinie ERC Starting Grants (StG) wiederum sind exzellente Nachwuchswissenschaftler am Beginn einer Karriere. Bei den Starting Grants können bis zu 1,5 Mio. EUR für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren vergeben werden. Es können zusätzlich bis zu 1 Mio. EUR beantragt werden. Die Frist für StG-Einreichungen endet am 15.10.2025.

https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/docs/2021-2027/horizon/wp-call/2025/wp_horizon-erc-2025_en.pdf

Kommission; EU; Schweiz; Horizont Europa; Kooperation mit der Schweiz

Die Kommission hat am 20.12.2024 bekannt gegeben, dass die Kommission und die Regierung der Schweiz (Bundesrat) die Verhandlungen über die Assoziierung der Schweiz mit allen drei Säulen von Horizont Europa, dem EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation und dem Euratom-Programm für Forschung und Ausbildung, abgeschlossen hat. Die Unterzeichnung des Abkommens über die Beteiligung der Schweiz soll im Laufe des Jahres erfolgen, bis alle erforderlichen Validierungen auf beiden Seiten abgeschlossen sind. Ekaterina Zaharieva (BUL), EU-Kommissarin für Start-ups, Forschung und Innovation, begrüßte die Einigung. Die Schweiz sei langjähriger Partner der EU in der Forschungs- und Innovationskooperation. Durch die Einigung sind Antragstellungen von Forschenden und Organisationen aus der Schweiz bereits ab dem 01.01.2025 möglich, d.h. Beteiligungen an Ausschreibungen, die ab diesem Tag veröffentlicht wurden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6562

Kommission; EU; Südkorea; Forschungsk Kooperation; Übergangsabkommen

Die Kommission hat am 06.01.2025 bekannt gegeben, dass zum Jahreswechsel Südkorea dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa beigetreten ist. Dies soll neue Möglichkeiten für Forschende auf beiden Seiten eröffnen und Potenziale für eine Zusammenarbeit erschließen. Im Rahmen eines geschlossenen Übergangsabkommens können sich Forschende und Organisationen aus Südkorea ab dem Arbeitsprogramm 2025 des Forschungsrahmenprogramms „Horizont Europa“ an den Ausschreibungen der zweiten Säule des Programms beteiligen. Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens soll im Laufe des Jahres erfolgen, bis alle erforderlichen Validierungen auf beiden Seiten abgeschlossen sind. Die Übergangsregelung ist in den Allgemeinen Anhängen festgelegt und gilt für Rechtspersonen mit Sitz in Südkorea.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/republic-korea-join-horizon-europe-under-transitional-arrangement-2025-01-06_en?prefLang=de

Kommission; Hochschulkooperation; Europäischer Abschluss

Am 19.12.2024 hat die Kommission ein Arbeitsdokument zur verstärkten Hochschulkooperation in der EU veröffentlicht. Im Fokus stehen Erkenntnisse aus mit dem Programm Erasmus+ geförderten Projekten. Die Kommission kommt zu dem Schluss, dass die Erprobung eines möglichen europäischen Abschlusses für Studierende (European Degree) als auch institutionalisierte Kooperationsinstrumente, wie ein möglicher Rechtsstatus für Allianzen von Hochschuleinrichtungen, vielversprechend seien. Eines der Ziele eines European Degree bestehe darin, die Entwicklung gemeinsamer Studiengänge zu vereinfachen. Sowohl ein solcher Abschluss nach gemeinsamen EU-Kriterien als auch der mögliche europäische Rechtsstatus für Allianzen von Hochschuleinrichtungen seien relevant. Die EU-Projekte verdeutlichen laut der Kommission den wachsenden Bedarf an transnationaler Zusammenarbeit in der Hochschulbildung.

Finanzdienstleistungen

EZB; Wachstum des digitalen Zahlungsverkehrs in der EU

Eine am 19.12.2024 veröffentlichte Studie der EZB zum Zahlungsverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher im Euroraum verzeichnet einen kontinuierlichen Zuwachs bei der Nutzung digitaler Zahlungsmethoden. Demnach lag mit Blick auf die Anzahl der Transaktionen der Anteil der Barzahlungen im stationären Handel 2024 bei 52% ggü. 59% im Jahr 2022. Mit Blick auf den Bezahlwert sind Kartenzahlungen mit 45% das vorherrschende Zahlungsmittel, gefolgt von Bargeld (39%) und mobilen Apps (7%). Der wachsende Anteil digitaler Zahlungen sei v.a. in der Zunahme von Online-Zahlungen begründet. Auf diese entfielen im Jahr 2024 zahlenmäßig 21% und wertmäßig 36% der alltäglichen Transaktionen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dennoch würden es 62% der Befragten es für wichtig erachten, dass Bargeld als Zahlungsmöglichkeit weiter zur Verfügung steht.

https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/space/html/ecb.space2024~19d46f0f17.en.html

EuRH; Sonderbericht zum EU-Rechtsrahmen für digitale Zahlungen

In einem am 09.01.2025 veröffentlichten Sonderbericht zum digitalen Zahlungsverkehr in der EU stellt der Europäische Rechnungshof (EuRH) Verbesserungspotenzial im aktuellen Rechtsrahmen auf europäischer Ebene fest. Demnach habe sich der Wert digitaler Zahlungen im Einzelhandel in der EU zwischen 2017 und 2023 mehr als verdoppelt – auf nunmehr über 1 Bio. EUR pro Jahr. Umso wichtiger sei ein angemessener EU-Rechtsrahmen als Voraussetzung für sicherere, schnellere und kostengünstigere digitale Zahlungen. Insgesamt habe der Ansatz der EU zu diesem Ziel laut Auffassung der Prüfer zwar beigetragen; jedoch empfiehlt der EuRH der Kommission u.a., klare Kriterien für Preisinterventionen der EU im Bereich des digitalen Zahlungsverkehrs festzulegen, eine Strategie zur Datenüberwachung bei digitalen Zahlungen zu entwickeln und umzusetzen sowie verstärkt gegen Diskriminierung aufgrund des Standortes des Zahlungskontos vorzugehen.

https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2025-01/SR-2025-01_DE.pdf

Finanzen

Kommission; Jahresbericht zur Mehrwertsteuerlücke in der EU

Ein am 18.12.2024 veröffentlichter Bericht der Kommission bescheinigt einer Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten zwischen 2018 und 2022 große Fortschritte bei der Durchsetzung der Mehrwertsteuervorschriften. Die Kommission berechnet jährlich die Differenz zwischen den theoretisch zu erwartenden Mehrwertsteuereinnahmen und den tatsächlichen Einnahmen. Die Einnahmenverluste werden v.a. durch Mehrwertsteuerbetrug, -hinterziehung und -vermeidung, nichtbetrügerische Insolvenzen und Fehlberechnungen verursacht. Demnach hätten die Mitgliedstaaten im Jahr 2022 eine Mehrwertsteuerlücke in Höhe von ca. 89,3 Mrd. EUR zu verzeichnen. Im Jahr 2018 lag die Lücke noch bei 121 Mrd. EUR. In DEU betrug die Mehrwertsteuerlücke 2022 ca. 12,9 Mrd. EUR. Als besonders wirkungsvoll hätten sich

laut Kommission gezielte politische Maßnahmen v.a. mit Blick auf die Digitalisierung der Steuersysteme erwiesen.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/298d43e2-bd28-11ef-91ed-01aa75ed71a1/language-en>

Kommission; DEU erhält Auszahlung aus der Aufbau- und Resilienzfazilität

Am 23.12.2024 gab die Kommission bekannt, dass sie im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) – dem Herzstück des Corona-Aufbaufonds NextGenerationEU – insgesamt 26,8 Mrd. EUR an fünf Mitgliedstaaten (CZR, DEU, ITA, PTL und ROM) ausgezahlt hat. Auf DEU entfielen dabei Zuschüsse in Höhe von 13,5 Mrd. EUR nach Abzug von Vorfinanzierungen. DEU hatte am 13.09.2024 seinen zweiten Zahlungsantrag gestellt, der 42 Meilensteine und Zielwerte enthielt – v.a. im Bereich der Klima- und Energie- sowie der Digitalpolitik. Bisher hat DEU laut Angaben der Kommission insgesamt 19,75 Mrd. EUR von den insgesamt 30,3 Mrd. EUR erhalten, die dem deutschen Aufbau- und Resilienzplan zugewiesen sind. Insgesamt seien bislang über 300 Mrd. EUR aus der ARF ausgezahlt worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6568

Landwirtschaft und Umwelt

EuGH; Haftung eines Lieferanten für fehlerhafte Produkte

Der Gerichtshof urteilte am 19.12.2024 in der Rechtssache C-157/23 gegen Ford Italia, dass ein Lieferant eines fehlerhaften Produkts als Hersteller behandelt werden könne, wenn sein Name mit der vom Hersteller auf dem Produkt angebrachten Marke übereinstimme. Zur Gewährleistung des Verbraucherschutzes könne die gesamtschuldnerische Haftung des Lieferanten und des tatsächlichen Herstellers des fehlerhaften Produkts auch dann geltend gemacht werden, wenn der Lieferant seinen Namen, seine Marke oder ein anderes Erkennungszeichen nicht selbst auf diesem Produkt angebracht habe. In diesem konkreten Fall hatte der Käufer eines Pkw der Marke Ford den Importeur, Ford Italia, vor den ITA Gerichten auf Schadensersatz verklagt, weil sich bei einem Unfall der Airbag nicht geöffnet hatte. Ford Italia hatte geltend gemacht, dass der Wagen von der deutschen Ford Werke AG hergestellt worden sei und ihre Haftung als Lieferantin für die Fehlerhaftigkeit des Airbags ausgeschlossen sei. Daraufhin hatte der ITA Kassationsgerichtshof den EuGH in einem Vorabentscheidungsverfahren um Auslegung des Begriffs des „Herstellers“ in der Produkthaftungs-RL 2024/2853 ersucht. Der EuGH entschied, dass die „Person, die sich als Hersteller ausgibt“ auch den Lieferanten einschließen müsse, wenn sein Name oder eines seiner Erkennungszeichen mit dem Namen des Herstellers und dem Namen, der Marke oder einem anderen Erkennungszeichen auf dem Produkt übereinstimmt.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=293837&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1834203>

Kommission; Verbot von Bisphenol A in Lebensmittelkontaktmaterialien

Die Kommission hat am 19.12.2024 ein Verbot für die Verwendung von Bisphenol A (BPA) und weiterer Bisphenole und Bisphenolderivate in Lebensmittelkontaktmaterialien beschlossen. Mit dem Erlass der Verordnung (EU) 2024/3190 solle der Weichmacher Bisphenol A, eine chemische Substanz, die bei der Herstellung bestimmter Kunststoffe und Harze verwendet würde, ab Mitte 2026 nach einer 18-monatigen Übergangszeit nicht mehr in Produkten zugelassen werden, die mit Lebensmitteln oder Getränken in Berührung kommen. Dies sei bspw. bei der

Beschichtung von Blechdosen oder PET-Getränkeflaschen der Fall. Die Verwendung von BPA ist aktuell in der EU bereits für Säuglingsflaschen und ähnliche Produkte verboten. Die Entscheidung basiere auf der neuesten wissenschaftlichen Bewertung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), wonach BPA „potenziell schädliche Auswirkungen auf das Immunsystem“ habe. Die Mitgliedstaaten hatten den Vorschlag des Verwendungsverbots bereits Anfang 2024 unterstützt. Begrenzte Ausnahmen für die Verwendung würden greifen, sofern keine Risiken für die Verbraucher bestünden sowie keine anderen sicheren Alternativen gegeben seien.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_24_6544

Rat; Standpunkt zur Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie

Der Rat hat am 18.12.2024 seinen Standpunkt zur Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie (EU) 2015/2302 festgelegt. Die Überarbeitung zielt auf einen wirksameren Schutz von Reisenden – insbesondere in unerwarteten Situationen wie einer Epidemie, eines Krieges oder einer Naturkatastrophe – und die Stärkung ihrer Rechte ab. Zudem sollen die Pflichten von Pauschalreiseveranstaltern in Bezug auf Erstattungen, Insolvenzschutz oder die Verwendung von Gutscheinen klarer definiert werden. Der Rat unterstützt das Hauptziel des Vorschlags - einen verbesserten Schutz von Reisenden -, und schlägt Änderungen am Richtlinienentwurf vor: So soll der Geltungsbereich der RL klarer gefasst werden und eine präzisere Definition des Begriffs der „Pauschalreise“ eingeführt werden. Das Recht der Reisenden Pauschalreisen ohne Zahlung von Rücktrittsgebühren zu stornieren, soll ausgeweitet werden. Zudem will der Rat die Verwendung von Gutscheinen als Alternative zur Erstattung regeln und den Schutz von Reisenden im Fall einer Insolvenz eines Reiseunternehmens stärken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/12/18/better-protection-for-travellers-council-adopts-position-on-the-revised-package-travel-directive/>

Eurobarometer-Umfrage; starke Unterstützung für die Gemeinsame Agrarpolitik

Die achte Eurobarometer-Umfrage zum Thema „Die Europäer, die Landwirtschaft und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)“ ergab, dass mehr als 70% der insgesamt 26.349 Befragten aus allen 27 EU-Ländern der Auffassung seien, die EU erfülle mit der GAP ihre Aufgabe, sichere, gesunde und nachhaltige Lebensmittel von hoher Qualität bereitzustellen. Das öffentliche Bewusstsein für die GAP habe den höchsten Stand seit 2007 erreicht. Die im Zeitraum vom 13.06. bis 08.07.2024 durchgeführte Umfrage zeige auch eine hohe Wertschätzung der EU-Bürger für die Landwirte: demnach sähen 92% der Befragten die Landwirtschaft und den ländlichen Raum als wichtig für die Zukunft an. Mehr als die Hälfte (56%) habe angegeben, dass die Höhe der finanziellen Unterstützung der EU für die Landwirte zur Stabilisierung ihrer Einkommen richtig sei. Zudem stimmte die Mehrheit der Befragten zu, dass folgenden Themen zentrale Bedeutung zukomme: der Sicherstellung einer stabilen Versorgung mit Lebensmitteln in der EU zu jeder Zeit (94%), der Gewährleistung angemessener Lebensmittelpreise für die Verbraucher (92%) sowie einer nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen (91%) und der Stärkung der Rolle der Landwirte in der Lebensmittelkette (90%).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_182

Rat; Rat nimmt Richtlinie zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts für das digitale Zeitalter an

Der Rat hat am 16.12.2024 eine Richtlinie zur Ausweitung und Optimierung des Einsatzes digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht angenommen. Dies ist der letzte Schritt im Beschlussfassungsverfahren. Mit der neuen Richtlinie sollen Gesellschaftsdaten leichter verfügbar werden sowie das Vertrauen und die Transparenz in Gesellschaften in allen Mitgliedstaaten erhöht und stärker vernetzte öffentliche Verwaltungen geschaffen werden. Zudem soll der Verwaltungsaufwand in grenzüberschreitenden Situationen verringert werden. Mit der Richtlinie soll das große Potenzial digitaler Werkzeuge genutzt, um Erleichterung für Unternehmen zu schaffen, den Verwaltungsaufwand zu verringern und grenzüberschreitende Geschäfte schneller, einfacher und transparenter zu gestalten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/12/16/council-adopts-the-directive-upgrading-company-law-for-the-digital-era/>

Rat; Prioritäten der EU für die Zusammenarbeit mit dem Europarat 2025/26

Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) hat am 17.12.2024 die Prioritäten der EU für die Zusammenarbeit mit dem Europarat im Zeitraum 2025/2026 angenommen. In den Schlussfolgerungen des Rates wird das anhaltende Engagement der EU für das wirksame Funktionieren des europäischen Menschenrechtssystems und für die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) bekräftigt. Darüber hinaus bekräftigt der Rat die Entschlossenheit der EU, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten. Die EU würde zudem weiterhin eng mit dem Europarat zusammenarbeiten wollen, um Russland und seine Führung für das Führen eines Angriffskriegs gegen die Ukraine uneingeschränkt zur Rechenschaft zu ziehen. Die Förderung wichtiger Übereinkommen des Europarats in außereuropäischen Ländern, einschließlich des neuen Rahmenübereinkommens über künstliche Intelligenz, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gehöre ebenfalls zu den Hauptprioritäten. Die strategische Partnerschaft der EU mit dem Europarat sei ein Schlüsselbeispiel für eine wirksame multilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

https://www.eeas.europa.eu/delegations/council-europe/eu-priorities-cooperation-council-europe-adopted-next-two-years_en

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-17028-2024-INIT/de/pdf>

Kommission; Konsultation zu Binnenmarktdimension

Die Kommission hat am 20.12.2024 innerhalb der bis zum 24.01.2025 laufenden Konsultation zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit eine zusätzliche Konsultation eingeleitet, um Informationen über die Binnenmarktdimension des Berichts zu sammeln. Ihre Ergebnisse werden in die Ausarbeitung des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit 2025 einfließen. In ihren politischen Leitlinien für den Zeitraum 2024-2029 hatte Kommissionspräsidentin von der Leyen angekündigt, dass der Bericht über die Rechtsstaatlichkeit um eine Binnenmarktdimension erweitert wird, die sich mit Fragen befassen soll, die grenzüberschreitend tätige Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, betreffen.

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/2025RuleofLawReportSingleMarketDimension>

Kommission; Strafbare Handlungen und Strafen für Drogenhandel

Die Kommission stellt für die Zeit vom 20.12.2024 bis 17.01.2025 die Sondierung zu der für das zweite Quartal 2026 geplanten Bewertung der Vorschriften für strafbare Handlungen und Strafen für Drogenhandel zur Konsultation. Ziel dieser Bewertung sei

es, festzustellen, ob die Vorschriften aktualisiert werden müssen, insbesondere die Vorschriften über strafrechtliche Sanktionen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14336-Strafbare-Handlungen-und-Strafen-fur-Drogenhandel-Bewertung_de

In n e r e s

EuG; DSGVO-Verstoß: Kommission muss 400 EUR Schadensersatz zahlen

Das EuG hat in der Rechtssache C-264/23 die Kommission am 08.01.2025 verurteilt, 400 EUR Schadensersatz wegen eines Verstoßes gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zu zahlen. Entgegen ihrer Zusicherung habe die Kommission zugelassen, dass personenbezogene Daten des Klägers die EU verlassen haben, und in den USA verarbeitet wurden. Da die EU zum Zeitpunkt der Datenübertragung den USA kein angemessenes Schutzniveau bescheinigt habe, habe die Kommission einen schadensersatzbegründenden Verstoß gegen die DSGVO zu verantworten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=294090&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2858927>

EuGH; Abfrage der Geschlechtsidentität beim Fahrkartenkauf widerspricht europäischem Datenschutzrecht

Der EuGH hat am 09.01.2025 in der Rechtssache C-394/23 entschieden, dass die Erhebung von Kundendaten hinsichtlich der Geschlechtsidentität im Rahmen des Erwerbes einer Zugfahrkarte nicht mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) vereinbar ist. Denn die Geschlechtsidentität des Kunden sei keine für den Erwerb eines Fahrscheins erforderliche Angabe. Insbesondere sei eine diesbezügliche Datenverarbeitung für die Erfüllung des Vertrages nicht erforderlich. Auch sei die Angabe der Geschlechtsidentität nicht zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=294110&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2897490>

EuGH; „Exzessive Anfragen“ nach DSGVO: Hohe Anzahl von Eingaben nicht ausreichend für die Annahme der Rechtsmissbräuchlichkeit

Der EuGH hat am 09.01.2025 in der Rechtssache C-416/23 entschieden, dass auch Beschwerden in den Anwendungsbereich von Art. 57 Abs. 4 DSGVO fallen. Auch Beschwerden könnten damit in Anwendung der Vorschrift als „exzessiv“ abgelehnt werden. Entscheidendes Kriterium für die Annahme als „exzessiv“ sei, dass jemand Beschwerde eingereicht habe, ohne dass die Eingabe zur Wahrung der Rechte des Eingebenden objektiv erforderlich gewesen sei. Hierfür könne die hohe Anzahl von Eingaben ein Indiz sein, reiche für sich alleine genommen zur Begründung einer Ablehnung nach Art. 57 Abs. 4 DSGVO aber nicht aus.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=294111&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2928244>

Bildung und Kultur

Kommission; Kulturhauptstädte Europas 2025; Chemnitz und Nova Gorica

Glenn Micallef (MTA), EU-Kommissar für Generationengerechtigkeit, Jugend, Kultur und Sport, hat am 08.01.2025 den beiden Städten Chemnitz (DEU) und Nova Gorica (SLO) gratuliert, die 2025 den Titel

„Kulturhauptstadt Europas“ tragen sollen. Der offizielle Start in Chemnitz zur Austragung des Titels soll am 18.01.2025 und in Nova Gorica am 08.02.2025 stattfinden. Um ausgewählt zu werden, mussten die Städte ein Kulturprogramm mit einer starken europäischen Dimension auflegen.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/chemnitz-und-nova-gorica-sind-kulturhauptstadte-europas-2025-2025-01-08_de

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; Europäisches Festival für Journalismus und Medienfreiheit

Die Kommission hat am 06.01.2025 dazu aufgerufen, Vorschläge für ein Europäisches Festival für Journalismus und Medienfreiheit einzureichen. Sie will damit Diskussionen über Pressefreiheit, Desinformation, die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten und die wirtschaftlichen Herausforderungen des Mediensektors unterstützen. Das Festival soll mit einer Laufzeit von zwei Jahren über ein Budget von drei Mio. EUR verfügen; geplant sind dabei drei Ausgaben des Festivals. Bewerben können sich Konsortien aus mindestens drei Mitgliedstaaten; die Bewerbungsfrist endet am 01.03.2025.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/funding/european-festival-journalism-and-media-freedom>

EU – Förderprogramme

Kommission; DiscoverEU-Kampagne 2025 startet im März

Am 08.01.2025 gab die Kommission bekannt, dass ab März 2025 allein aus DEU über 6.000 junge Menschen im Rahmen des Programms DiscoverEU gratis durch Europa reisen werden. Insgesamt sollen 36.000 europäische Jugendliche am Programm teilnehmen können. Die im Jahr 2018 ins Leben gerufene DiscoverEU-Initiative soll alljährlich europäischen Jugendlichen die Möglichkeit geben, Europa – hauptsächlich mit dem Zug – gratis zu bereisen. Seit seiner Einführung im Jahre 2018 haben sich laut Kommission mehr als 1,5 Mio. Jugendliche im Rahmen des Programms um einen gratis „Travel-Pass“ beworben.

[DiscoverEU: Über 6000 junge Menschen aus Deutschland reisen ab März gratis durch Europa - Europäische Kommission](#)

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

- | | |
|------------|---|
| 20.01.2025 | <ul style="list-style-type: none">• Tagung der Eurogruppe• Informelle Sitzung des Bildungsministerrats |
| 21.01.2025 | <ul style="list-style-type: none">• Informelle Sitzung des Bildungsministerrats• Rat Wirtschaft und Finanzen |

Europäische Kommission

- | | |
|------------|---|
| 15.01.2025 | <ul style="list-style-type: none">• Wettbewerbsfähigkeitskompass• Jahresbericht Binnenmarkt und Wettbewerbsfähigkeit |
| 21.01.2025 | <ul style="list-style-type: none">• Europäischer Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern |

Europäisches Parlament

Plenarsitzung in Straßburg vom 20.-23.01.2025

- Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des polnischen Ratsvorsitzes - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Vereinbarung zwischen der EU und der Republik Serbien über operative Tätigkeiten, die von der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache in der Republik Serbien durchgeführt werden
- Die Notwendigkeit von Maßnahmen im Zusammenhang mit der anhaltenden Unterdrückung und den Scheinwahlen in Belarus - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Umfassendere EU-Strategie für den Nahen Osten - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik
- Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 19. Dezember 2024 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission
- Bewältigung der demografischen Herausforderungen der EU und Schritte zur Umsetzung des Instrumentariums zur Bewältigung des demografischen Wandels aus dem Jahr 2023 - Erklärung der Kommission
- Die Zusammenhänge zwischen organisierter Kriminalität und Schleuserkriminalität angesichts des jüngsten Berichts des UNHCR - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit

- Bekämpfung der Wüstenbildung: 16. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien (COP16) des Übereinkommens der Vereinten Nationen - Erklärung der Kommission
- Desinformation und Geschichtsfälschung seitens Russlands zur Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen die Ukraine - Entschließungsanträge

Europäischer Gerichtshof

14.01.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 19/23 Dänemark / Parlament und Rat (Angemessene Mindestlöhne) – Nichtigkeitsklage gegen Richtlinie über angemessene Mindestlöhne

14.01.2025

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C 590/23 Pelham – Sampling (elektronisches Kopieren von Audiofragmenten) (DEU)

15.01.2025

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 193/23 MegaFon / Rat – Restriktive Maßnahmen – Russland

16.01.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-277/23 Ministarstvo financija („Erasmus+“-Stipendium) – Steuerliche Berücksichtigung eines Erasmus-Stipendiums (KRO)

16.01.2025

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C 600/23 Royal Football Club Seraing – FIFA: Verbot der Beteiligung Dritter an den wirtschaftlichen Rechten von Spielern (BEL)

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 17.01.2025.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	

Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA